Nr. 33. — Erstes Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, 21. Januar 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 20. Januar 1892.

Deutscher Reichstag.

152. Sitzung vom 20. Januar.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Das Haus ermächtigt das Präsidium, Sr. Majestät dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu dessen Geburtstag darzubringen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des von dem Abg. Siegle (nl.) eingebrachten Antrages, betr. die Herbeiführung einer statistischen Aufnahme über die Lage der arbeitenden Klassen.

Der Antrag lautet: „Den Reichskanzler zu ersuchen, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufszweigen vornehmen zu lassen."

Der Antragsteller Abg. Siegle (nl.) rechtfertigt den Antrag mit dem Hinweis auf die Erklärung des Staatssekretärs von Bötticher, bezüglich der Einrichtung einer statistischen Kommission. Die Arbeiten dieser Kommission würden sich namentlich auf die von ihm in seinem Antrage bezeichneten Verhältnisse erstrecken müssen.

Abg. Wurm (Sozd.) stimmt diesem Antrage zu, weil es seiner Partei nur erwünscht sein könne, wenn über die Verhältnisse der Arbeiter statistische Aufnahmen angeordnet würden. Sehr wünschenswerth sei eine Aufnahme über die Lebenshaltung der Arbeiter, um daraus zu ersehen, wie hoch die Arbeiter durch die indirekten Steuern belastet werden. Dies würde eine der Hauptaufgaben der niederzusetzenden Kommission sein, zu welcher, wie er hoffe, Mitglieder aller Parteien werden hinzugezogen werden.

Abg. Schrader (freis.) ist ebenfalls mit dem Antrage einverstanden, indem er voraussetzt, daß es sich bei der Einsetzung der statistischen Kommission um eine dauernde Einrichtung handele, welche die Grundlagen für die zukünftige Gesetzgebung bieten werde. Auch er hoffe, daß zu dieser Kommission Mitglieder aller Parteien hinzugezogen werden und daß es sich bei der zu veranstaltenden Statistik nicht blos um Durchschnittsziffern, sondern um eine genaue und eingehende Klarstellung aller Verhältnisse handeln werde. Deshalb sei es auch nothwendig, zu dieser Statistik alle diejenigen Kreise heranzuziehen, welche sich mit diesen Verhältnissen bisher beschäftigt haben.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Die Kommission für die Arbeiterstatistik werde eine dauernde Institution sein, sie solle nicht Gesetze machen, sondern nur die statistischen Grundlagen für die Gesetzgebung liefern. Die Kommission werde aus jeder Quelle, die ihr zugängig ist, ihr Material schöpfen, auch von den Berufsgenossenschaften.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Siegle angenommen.

Es folgt die erste Berathung des von den Abgg. Dr. Barth und Rickert (freis.) eingebrachten Gesetz-Entwurfs, betr. Abänderungen und Ergänzungen des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869.

Der Gesetz-Entwurf bezweckt die Sicherung des Geheimnisses der Wahl.

Abg. Rickert (freis.) führt zur Begründung des Antrages aus, daß alle Parteien, welche auf dem Boden der Verfassung ständen, ein Interesse daran hätten, daß die Bestimmungen derselben auch wirklich zur Ausführung kommen, und daß das Geheimniß der Wahl nicht blos auf dem Papier stehe. Solle aber das Geheimniß der Wahl wirklich durchgeführt werden, so müßten auch die erforderlichen Schutzmaßregeln zur Wahrung des Geheimnisses erlassen werden. Es sei eine Ehrenpflicht aller Parteien des Reichstages und der verbündeten Regierungen, daß gegenüber den schreienden Mißständen bei den Wahlen endlich die Vorsorge getroffen werde, die man in andern Ländern bereits in ausreichendem Maße besitze. Dies herbeizuführen bezwecke der von ihm beantragte Gesetz-Entwurf. Derselbe schlage vor, daß jeder Abgeordnete in einem besondern Wahlkreise gewählt, zu welchem Zwecke jeder Wahlkreis zum Zwecke der Stimmabgabe in kleinere, mindestens 400 Einwohner umfassende Bezirke getheilt werden solle. Er wisse, daß sein Antrag noch nicht ausreichend sei und daß bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Hauses auf eine Erledigung desselben in dieser Session sich nicht rechnen lasse, allein die Wiederanregung der Frage sei nothwendig, denn das Geheimniß der Wahl müsse geschützt werden, wenn das Wahlrecht nicht einfach eine Diktatur bleiben solle.

Abg. v. Steinau-Steinrück (kons.) erklärt sich gegen den Gesetz-Entwurf, gegen den seine Partei bereits bei der früheren Berathung gestimmt habe. Seine Partei trete mit derselben Energie und mit demselben Gefühl für die Erhaltung der geheimen Wahl ein, wie der Abg. Rickert, sie sei aber der Ansicht, daß die Vorschläge des Abg. Rickert nicht tauglich seien, weil sie nur dahin führen würden, die Wahl zu verzögern und gradezu unmöglich zu machen. Die gemachten Vorschläge seien auch nicht geeignet, das Wahlgeheimniß zu schützen und endlich seien seine politischen Freunde auch der Ansicht, daß das Geheimniß der Wahl schon gegenwärtig genügend geschützt sei.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildkons.) ist ebenfalls gegen den Antrag, bemerkt indessen, daß er nur für eigene Rechnung spreche. Er lehne den Antrag ab, weil er das geheime Wahlrecht überhaupt für verwerflich halte. (Heiterkeit.) Das geheime Wahlrecht liege nicht im Prinzip des Konstitutionalismus, welches er wahren wolle. Alles, was öffentliches Recht sei, könne auch öffentlich verhandelt werden; das geheime Wahlrecht sei eine offenbare Beleidigung der Wähler und es werde durch dasselbe auch eine erregte Agitation hervorgerufen, die von der verstorbenen Fortschrittspartei erfunden sei. (Heiterkeit.) Man solle die ganze Sache verschieben bis zur Aenderung des Wahlgesetzes, die eintreten müsse, wenn die Reichstagsabgeordneten nach dem neulichen Beschlusse Diäten erhielten. Wie würde es dann mit den Abgeordneten gehalten werden, die Doppelmandate hätten? Sollten diese auch doppelte Diäten beziehen? Das Beste würde wohl sein, die Leistungen dieser Herren nach Schluß der Session abzuschätzen. (Heiterkeit.)

Abg. Gröber (Ztr.) ist der Ansicht, daß das Wahlgeheimniß besser geschützt werden müsse. Daß Diejenigen nichts davon wissen wollten, die in ihren Wahlkreisen bisher unumschränkt geherrscht hätten, sei erklärlich, deshalb erklärten sie sich auch gegen die Anträge. Der vorliegende Gesetzentwurf enthalte aber verschiedene Lücken, deren Ergänzung nothwendig sei und beantrage er deshalb die Ueberweisung desselben an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Heine (Soz.) verlangt die Einführung des geheimen Wahlrechts auch für die Landtags- und Kommunalwahlen. Es müßten aber alle die Korruptionen beseitigt werden, welche bei der geheimen Wahl hervorgetreten seien und da wolle er die Sozialdemokraten nicht besser machen, als sie seien. Im Interesse der arbeitenden Massen müßten die Wahlen an den Sonntagen vollzogen werden. Was das Geheimniß der Wahl anbelange, so sei er der Ansicht, daß in dieser Beziehung wirklich eine Besserung herbeigeführt werden könne und stimme er der Ueberweisung des Antrages Rickert an eine Kommission zu.

Abg. Rintelen (Ztr.) hofft, daß die kommissarische Berathung des Antrages zu annehmbaren Vorschlägen führen werde. Wie durch den Schutz des Wahlgeheimnisses eine vermehrte Agitation hervorgerufen werden könnte, verstehe er nicht; die Agitation könne nicht größer werden, als sie jetzt schon sei. Jedenfalls würde durch einen besseren Schutz des Wahlgeheimnisses eine Unmasse von Protesten vermieden werden, die immer, wenn sie auch zurückgewiesen würden, einen gewissen Einfluß auf das Mandat in moralischer Beziehung zurückließen.

Abg. Munckel (freis.): Alle Redner scheinen darin einig zu sein, daß das Geheimniß der Wahl nach dem jetzigen Wahlgesetz nicht genügend geschützt sei. Selbst Herr v. Meyer erkenne dies an und deshalb wolle er das jetzige Wahlgesetz beibehalten, weil er überhaupt Gegner der geheimen Wahl sei. Unbegreiflich sei ihm aber der Zusammenhang, in welchem der Abg. von Meyer diese Frage mit der Diätenfrage gebracht habe. Werde nach seinem Vorschlage verfahren, würden die Diäten nach den Leistungen der Abgeordneten vertheilt, so würde kein Abgeordneter mehr reden wollen, um sich nicht dem Verdachte auszusetzen, daß er um Diäten rede. (Heiterkeit.) Daß die Konservativen sich gegen den Antrag erklären würden, war vorauszusehen, obwohl sie die Versicherung abgaben, daß ihnen das Wahlgeheimniß ebenfalls sehr am Herzen liege. Weil ihnen aber der vorgeschlagene Weg zur Erreichung des Zieles nicht ausreichend erscheine, deshalb wollen sie lieber gar nichts. Es seien aber in der Diskussion heute Gedanken geäußert, auf denen die Kommission sehr gut weiter arbeiten könne, und komme die Kommission zu einem annehmbaren Vorschlage, so werde man doch dahin gelangen, daß die Meinung des Landes im Reichstage besser vertreten werde, als dies gegenwärtig der Fall sei. Er bitte also um Ueberweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.) erklärt, daß seine Freunde und er dem Prinzip des Antrages zustimmen und deshalb für die Ueberweisung desselben an eine Kommission stimmen werden. Wirklich vorhandene Mängel, welche die Praxis ergeben habe, müßten beseitigt werden, womit er indessen nicht aussprechen wolle, daß er den Vorschlägen der Antragsteller überall zustimme. Er hoffe indessen, daß die Kommission zu Vorschlägen kommen werde, welche geeignet seien, die Rechte der Wähler genügend zu schützen und er würde sich freuen, wenn die Wahlprüfungs-Kommission dadurch in ihrer unerquicklichen Arbeit erleichtert würde. Er bitte den Antrag an die Kommission zu verweisen, seine besten Wünsche begleiteten ihn dahin.

Abg. Auer (Sozd.): Der Antrag habe den Zweck, das Geheimniß der Wahl, welches die Verfassung gewährleiste, zu schützen. Diesen frommen Wunsch theile Jeder hier im Hause, er werde nur draußen nicht beachtet. Es sei nicht einmal möglich, die Parteien dahin zu bringen, daß sie für die Wahl gleiche Stimmzettel ausgeben. Es komme nicht darauf an, das Geheimniß der Wahl zu wahren, sondern auch darauf, die Wähler vor Täuschung zu bewahren. Man müsse deshalb dahin streben, daß das Wahlgesetz in geeigneter Weise abgeändert werde. Auch bei freisinnigen Wahlkomitees seien schon Umtriebe vorgekommen, deren sich ein echter Konservativer nicht zu schämen brauche. Es gebe wohl keine größere Feigheit, als wenn Derjenige, der eine soziale Uebermacht besitze, es den von ihm abhängigen Wähler fühlen lasse, wenn derselbe anders stimme, als von ihm erwartet werde, dem armen abhängigen Arbeiter könne man durchaus nicht den Vorwurf der Feigheit machen, wenn er das Geheimniß seiner Wahl gewahrt wissen wolle. Er wünsche, daß man endlich zu etwas komme, was geeignet sei, das Geheimniß der Wahl zu schützen und empfehle deshalb Ueberweisung des Antrages an eine Kommission.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

In seinem Schlußwort als Antragsteller weist

Abg. Dr. Barth (frs.) darauf hin, daß die in seinem Antrage gemachten Vorschläge sich in vielen Ländern, z. B. auch in England bewährt hätten, daß sie durchaus keine Schwierigkeiten bereiteten und Niemand daran denke, die Bestimmungen wieder zu beseitigen. Die Wahlen seien dadurch vollkommen gesichert und auch in den meisten Einzelstaaten von Nordamerika habe man diese gesetzlichen Bestimmungen eingeführt. Nur die Demagogen der allerschlimmsten Sorte hätten in Amerika es gewagt, sich dagegen zu erklären und mit diesen Hand in Hand gehen hier die Gegner des Antrages. Sorgen wir dafür, daß innerhalb unseres Staates das Wahlgeheimniß gewährt werde.

Der Antrag Dr. Barth, Rickert wird hierauf an eine Kommission von 14 Mitgliedern gewiesen.

Der vom Abg. Träger (frs.) beantragte Gesetz-Entwurf betr. die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen wird auf Antrag des Abg. Rintelen (Ztr.) im Einverständniß mit dem Antragsteller von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und darauf zur ersten Berathung des vom Abg. Dr. Reichensperger (Ztr.) beantragten Gesetz-Entwurfs betr. Abänderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung (Wiedereinführung der Berufung) geschritten.

Abg. Dr. Reichensperger (Ztr.) erklärt es für Pflicht des Reichstages die Mißstimmung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung über das Fehlen der Berufung in Strafsachen bestehe, zu beseitigen. Die ablehnende Haltung des Bundesraths sei völlig unverständlich. Die Kommentars der Vergangenheit und Gegenwart seien für die Berufung. In anderen Staaten, welche die Berufung nicht hätten, seien die ersten Instanzen mit einer Fülle von Garantien umgeben, welche unsere Justizgesetzgebung nicht kenne. Er hoffe, daß der Bundesrath dem weitgehenden Bedürfnisse Rechnung tragen werde.

Staatssekretär der Justiz Dr. Bosse: Im Bundesrathe sei eine weitgehende Meinungsverschiedenheit über diese Frage und könne er nicht sagen, wie derselbe sich zu dem Antrage stellen werde. Wenn der Antragsteller sich darüber beklage, daß die Regierung keine Gründe für den ablehnenden Beschluß des Bundesraths angegeben habe, so verweise er darauf, daß die einzelnen Mitglieder des Bundesraths für ihr Votum keine Gründe angeben und die Regierung sei deshalb beim besten Willen nicht in der Lage, Gründe anzugeben. Werde der Gesetzentwurf angenommen, so werde derselbe einer ernsten Prüfung unterzogen werden.

Abg. Schneider-Hamm (ntl.) erklärt sich für den Antrag. Das jetzige Verfahren der Staatsanwaltschaft, sich mit der Polizei, anstatt mit dem Richter über die Untersuchung der Thatsachen in Verbindung zu setzen, gebe für die Erhebung der Klage nicht die genügende Unterlage und das Wiederaufnahme-Verfahren sei nur ein ungenügender Ersatz für den Mangel der Berufung und die Häufigkeit des Wiederaufnahme-Verfahrens in neuerer Zeit sei der deutlichste Beweis für die Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Berufung

Abg. Munckel (frs.) hält es für zweifellos, daß die Sache so, wie sie jetzt ist, nicht bleiben könne. Man möge Kautelen im Vorverfahren schaffen, so viel man wolle, die Berufung werde dadurch nicht entbehrlich. Unsere Strafprozeßordnung, ein Wunderwerk nach manchen Richtungen hin, gestatte in unbedeutenden Dingen die Berufung, schließe aber eine Nachprüfung aus, wo es sich um die Existenz, die Freiheit und Ehre eines Menschen handle, sie gestatte die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen eines Formfehlers oder wegen eines Irrthums in jure, nicht aber wegen des viel häufigeren Irrthums in der Beurtheilung der Thatsachen. In 42 Prozent der Fälle, in welchen eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesetzt worden sei, habe eine Aenderung des ersten Urtheils stattgefunden. Das bloße Vorhandensein der Berufung habe auf die sorgfältige Ausarbeitung des Urtheils und auf die sorgfältige Würdigung der thatsächlichen Momente wesentlichen Einfluß. Bei dem Vorhandensein einer Berufung muß das Urtheil so klar gearbeitet sein, daß der zweite Richter darin nichts findet, haben wir nur eine Revision, so muß das Urtheil in thatsächlicher Beziehung so schlecht gearbeitet sein, wie nur irgend möglich, dann ist es mit der Revision nicht angreifbar. Je schlechter das Urtheil abgefaßt ist, desto unangreifbarer ist es. Die Begründung der Thatsachen muß möglichst lax sein, man darf gar nicht sehen, woher sie kommen, ob sich die Urtheilsgründe mit dem Ergebniß der Verhandlung decken, darauf kommt es nicht an. Nicht nur die Schufte im Lande haben an dieser Frage ein persönliches Interesse, sondern auch jeder anständige Mensch, da Jeder einmal in die Lage kommen könne, angeklagt zu werden. Deshalb sei die Frage von eminenter Bedeutung und gehe weit über den Rahmen einer technischen Frage hinaus. Es sei dringend nöthig, daß der Reichstag möglichst einmüthig den Antrag annehme, damit diese Einmüthigkeit auch bei dem Bundesrath Eindruck mache. (Beifall.)

Abg. Stadthagen (Sozdem.) theilt den letzten Wunsch des Vorredners Man möge aber die Berufung nur dem Angeklagten geben, nicht aber dem Staatsanwalt, denn es sei nicht einzusehen, weshalb der Staatsanwalt, nachdem das Gericht gesprochen habe, noch dieses Recht haben solle. Der Angeklagte aber wisse oft erst, wenn er verurtheilt sei, was er eigentlich begangen habe und erst aus den Gründen des Urtheils erfahre er, worauf es ankomme und wogegen er sich vertheidigen müsse. Möge das Haus das Prinzip annehmen, über die technischen Fragen werde man hinwegkommen.

Die Diskussion wird geschlossen und nach dem kurzen Schlußwort des Antragstellers wird der Gesetzentwurf zur zweiten Berathung im Plenum gestellt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Abkommen mit Oesterreich, bezüglich des Patent- und Markenschutzes und Wahlprüfungen.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

⊂ **Berlin**, 20. Januar. Mit dem 20. Januar ist der Termin für die Einreichung der Steuererklärungen seitens der großen Mehrzahl der Steuerpflichtigen abgelaufen. Es werden nunmehr in den Veranlagungskommissionen die Einschätzungsarbeiten möglichst gefördert werden. Dabei ist zu beachten, daß nach dem neuen Einkommensteuergesetze diese Kommissionen berechtigt sind, den Steuerpflichtigen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über die für die Veranlagung erheblichen Thatsachen und Verhältnisse zu gewähren. Auch haben ihnen sämmtliche Staats- und Kommunalbehörden die Einsicht aller die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen betreffenden Bücher, Akten, Urkunden u. s. w. zu gestatten und auf Ersuchen Abschriften aus denselben zu ertheilen, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen oder dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Nur die Einsicht der Bücher, Akten 2c. der Sparkassen ist nicht gestattet. Wird ferner eine der abgegebenen Steuererklärungen durch die Veranlagungskommission oder deren Vorsitzenden beanstandet, so erhält hiervon der Steuerpflichtige mit der Aufforderung Kenntniß, sich binnen einer Frist von 2 bis 4 Wochen über die Deklaration oder bestimmte an ihn gestellte Fragen zu erklären. Unterläßt dies der Steuerpflichtige oder scheinen der Veranlagungskommission die Zweifel trotz der abgegebenen Ergänzungserklärungen nicht behoben, so kann sie Zeugen vorladen. Sind auch dann noch Zweifel vorhanden, so ist die Kommission bei Schätzung des Einkommens an die Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden. Das Ergebniß der Veranlagung wird den Steuerpflichtigen durch eine Zuschrift bekannt gegeben werden. Gegen das Ergebniß kann der Steuerpflichtige Berufung an die Berufungskommission erheben, und zwar hat er diese Berufung innerhalb vier Wochen bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzulegen. Die vierwöchige Frist beginnt von dem auf die Zustellung der Benachrichtigung über das Veranlagungsergebniß folgenden Tage. Gegen die Entscheidung der Berufungskommission steht dann dem Steuerpflichtigen die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht innerhalb derselben Frist zu

— Das „Mil.-Wochenbl." veröffentlicht die Verabschiedung von 3 Generalen der preußischen Armee. Zunächst ist der Generallieutenant von Sobbe, Gouverneur von Straßburg, dessen Abschiedsgesuch der Kaiser früheren Nachrichten zufolge nicht genehmigt haben sollte, nunmehr doch zur Disposition gestellt. General v. Sobbe ist 1835 geboren, also 56 Jahre alt. Er ist im Kadettenkorps erzogen, aus dem er 1853 als Lieutenant beim Garde-Schützenbataillon eintrat. Nach Besuch der Kriegsakademie kam er 1860 in das 2. Jägerbataillon, wurde aber nach $1\frac{1}{2}$ Jahren wieder zu den Garde-Schützen zurückversetzt. 1863 wurde er Adjutant zunächst bei der 1. Garde-Infanteriebrigade, dann 1864 bei der 1. Garde-Infanterie-Division und 1866, nach Beendigung des Krieges bei der Inspektion der Jäger und Schützen. Im Februar 1869 kam er in den Generalstab; zunächst stand er beim großen Generalstab, dann beim Stabe der 1. Garde-Infanterie-Division und des XI. Korps. Bei letzterem machte er, im Juni 1870 mit 35 Jahren zum Major befördert, den Krieg gegen Frankreich mit und erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse; 1872 kam er zum Stabe der 21. Division, 1873 zum großen Generalstabe. Von 1875 bis Anfang 1879 war er als Chef des Generalstabes nach Würtemberg kommandirt. Von 1879 bis 1882 kommandirte er das 91. Infanterie-Regiment in Oldenburg, dann trat er wieder in den Generalstab zurück, und zwar als Chef beim VIII. Armeekorps. 1884 zum Generalmajor befördert, übernahm er im Juni 1885 das Kommando der 40. Infanterie-Brigade in Braunschweig, das er bis zu seiner im August 1888 erfolgenden Beförderung zum Generallieutenant und Kommandeur der hiesigen 1. Garde-Infanterie-Division führte. Nachdem er mehrfach als zukünftiger Korpskommandeur genannt war und insbesondere vielfach behauptet war, er würde als Nachfolger des Generals v. Alvensleben das würtembergische Korps erhalten, wurde er am 4. November 1890 als Nachfolger des Generals v. Lewinski II., der das XV. Korps übernahm, Gouverneur von Straßburg. Verabschiedet ist ferner als Generallieutenant der Generalmajor von Schnackenburg, Kommandeur der 17. Kavalleriebrigade in Schwerin, der im 54. Lebensjahre steht. Derselbe war früher im kurhessischen Leib-Husaren-Regiment und wurde 1866 als Premierlieutenant beim 13. Husaren-Regiment angestellt. Den Krieg gegen Frankreich machte er bei diesem Regiment als Eskadronchef mit und erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Von 1872 bis 1877 war er Adjutant beim 1. Armeekorps, dann Stabsoffizier beim 14. Husaren- und von 1879 bis 1882 beim 3. Garde-Ulanen-Regiment. Später kommandirte er die 5. Ulanen und wurde dann Ende 1882 Kommandeur der 17. Brigade. Endlich ist der Generalmajor Freiherr von Lützow, Kommandeur der 59. Infanterie-Brigade in Saarburg abgegangen. Derselbe ist seit 1855 im preußischen Dienste. Den Krieg 1866 machte er als Ordonnanzoffizier bei der 5. Division, den Krieg 1870—71 als Kompagniechef im 84. Infanterie-Regiment mit. Als Stabsoffizier stand er beim 71., 23 und 44. Regiment, dann kommandirte er von 1887 bis 1890 das 20. Infanterie-Regiment in Wittenberg und wurde am 24. März 1890 Kommandeur der 59. Brigade. Die Stellen der 3 Generäle werden voraussichtlich an Kaisers Geburtstag, an welchem man ein großes Avancement erwartet, besetzt werden.

— Das Offizierkorps des preußischen Heeres hat sich nach einer Zusammenstellung der „Post" im Jahre 1891 recht erheblich vermehrt. Aus dem aktiven Heere sind ausgeschieden 554, verstorben 60 Offiziere, dagegen neu ernannt 1077 Sekondelieutenants, so daß ein Zuwachs um 437 Offiziere stattgefunden hat. Unter Hinzurechnung der Offiziere des Beurlaubtenstandes, sowie aller Sanitätsoffiziere steht einem Abgange von 1725 Köpfen ein Zugang von 2466 gegenüber, so daß die Gesammtzahl der Offiziere und Sanitätsoffiziere der Armee sich um 741 vermehrt hat.

— Gutem Vernehmen nach werden demnächst von dem Reichspostamt neue Briefmarken ausgegeben werden. Die neuen Postwerthzeichen, an deren Herstellung bereits in der Reichsdruckerei gearbeitet wird, werden sich in Form und Zeichnung wesentlich von den jetzt im Gebrauch befindlichen Marken unterscheiden. Sie werden sechseckig sein und das Bildniß der Germania aufweisen, das nach der Statue der Germania auf dem Niederwalddenkmal gezeichnet ist. Die Farben für die verschiedenen Werthe der Marken werden internationalen Abmachungen zufolge dieselben bleiben. Die neuen Marken dürften etwa im April in den Verkehr gebracht werden. Veranlassung zu der Neuausgabe der Postwerthzeichen und den in Aussicht genommenen Abänderungen in ihrer Gestalt und der Zeichnung hat die Thatsache gegeben, daß die jetzt in Gebrauch befindlichen Briefmarken wiederholt nachgemacht worden sind. Die Fälschungen sind allerdings stets ohne Mühe von den Behörden entdeckt worden, aber aus begreiflichen Gründen erscheint es wünschenswerth, ihnen vorzubeugen; man hat bei der Herstellung der neuen zu Mittel gegriffen, welche den Fälschern die Ausübung ihres Handwerks sehr erschweren werden.

Kiel, 19. Januar. Welch' ein lebhaftes Interesse Se. Majestät der Kaiser an der Förderung und Erstarkung unserer Reichsmarine seit seiner Thronbesteigung genommen hat, ist dem deutschen Volke und besonders den Bewohnern der Marinestadt an der Ostsee alljährlich zu wiederholten Malen in erfreulichster und erhebendster Weise durch augenscheinliche Wahrnehmung zum Bewußtsein gebracht worden. Die kaiserliche Marine hat ihren obersten Kriegsherrn bereits zu den verschiedensten Jahreszeiten in ihrem Ostsee-Vorort begrüßen dürfen; im Frühjahr, wenn die Lenzsonne das erste Grün an den Gestaden der Föhrde hervorlockte, im Hochsommer, wenn eine imponirende gepanzerte Flotte auf der blauen Fluth ankerte, und im Herbst, wenn Stürme den Aufenthalt in Boot und Pinasse nicht eben gemüthlich machten, hat es den Monarchen in die schleswig-holsteinsche Hafenstadt gezogen, um sich zu überzeugen von dem gesicherten und sichernden Stande seiner Schiffe und Fahrzeuge und von der seemännischen und militärischen Brauchbarkeit seiner Offiziere und Matrosen. Selbst der Unerfahrenste konnte sich überzeugen, daß des Kaisers Interesse an seiner Marine nicht blos ein äußeres, zuschauendes, nur etwa sich über ihr Gedeihen freuendes war, sondern daß es dem Monarchen zu jeder Stunde daran lag, durch unermüdliche Thätigkeit das noch verhältnißmäßig junge Institut an seine Person enger und enger zu fesseln, ihm den Geist einzuhauchen, von dem er selbst beseelt ist, durch ernste Prüfung und persönliche Theilnahme an den seemännischen Manövern selber in das Kriegswesen zur See einzudringen und auf diese Weise zwischen seiner Person und seiner Seemacht dasselbe durch gemeinsame Vaterlandsliebe geflochtene feste Band herzustellen, welches zwischen dem obersten Kriegsherrn und seiner Armee längst einen traditionellen Bestand hat. Von diesem aktiven Interesse hat Se. Majestät heute wieder einen überzeugenden Beweis geliefert. Völlig unerwartet und überraschend bei strenger Winterkälte ist Se. Majestät der Kaiser heute in der Morgenfrühe in seiner Marinestadt Kiel eingetroffen, um sich zu überzeugen, ob Deutschlands Seemacht zu jeder Stunde fertig sei, um vor dem scharfprüfenden Auge seines obersten Herrn, auch ohne dessen vorherige Ansage, bestehen zu können.

Gegen 8 Uhr traf der kaiserliche Sonderzug hier ein. Dem königlichen Eisenbahnbetriebsamte war von der Ankunft des Kaisers nichts bekannt, und der Sonderzug durfte, wie verlautet, von den einzelnen Stationen auf Befehl nur als „einzelne Maschine" gemeldet werden. Der aus vier Salonwagen bestehende Zug wurde vom Regierungs-Baurath Schneider aus Berlin und von einer Berliner Maschine nebst Bedienungspersonal gefahren. Auf dem hiesigen Bahnhofe war Niemand zum Empfange anwesend. Die Frage Sr. Majestät, „ob sein Bruder nicht da sei?" mußte verneint werden. Der Kaiser, welcher die kleine Admirals-Uniform mit Mantel und Pelzkragen trug, verließ nunmehr in Begleitung seiner Adjutanten den Bahnhof und begab sich zu Fuß längs der Jensenstraße und dem Hafen nach dem königlichen Schlosse. Hier betrat Se. Majestät jedoch nur die Schloßwache und ertheilte Befehl, Generalmarsch zu schlagen. Das Signal der Schloßwache wurde alsbald von den anderen Wachen aufgenommen, und kurz nachher durcheilten die Spielleute der Garnison, je ein Hornist und Tambour zusammen, die Straßen der Stadt und ließen den Generalmarsch ertönen. Inzwischen hatte sich der Kaiser von der Barbarossa-Brücke aus mittels Werftpinasse an Bord des Panzerschiffes „Friedrich der Große" begeben, an dessen Signalmast sofort die Kaiserstandarte in die Höhe ging Wie mit einem Schlage war es auch auf den übrigen im Kriegshafen liegenden Schiffen: dem Panzerschiff „Kronprinz", dem Minenleger „Rhein" und dem Torpedoschulschiff „Blücher", sowie auf der in der Werfteinfahrt liegenden Kreuzer-Korvette „Prinzeß Wilhelm" lebendig geworden, und sämmtliche Schiffe begannen den Kaisersalut zu feuern. In ganz kurzen Intervallen dröhnte Schuß auf Schuß durch die helle Winterluft, und die glänzenden, weißen Pulverdampfwolken wälzten sich über die tiefblaue Fluth, die von einer leichten aber schneidend kalten Ostbrise gekräuselt wurde. Und in dem Winde flatterten lustig vom Heck und von den Toppen sämmtlicher im Hafen und in der Werft befindlichen Kriegsschiffe die Flaggen, welche gleichzeitig gehißt wurden und Jedermann, der es noch nicht wußte, die Ankunft des obersten Kriegsherrn verkündeten. Bunte Flaggensignale gingen bald auf „Friedrich dem Großen", bald auf dem „Blücher" in die Höhe und alsbald wurde auch die blaue Kontreflagge auf allen anderen Schiffen sichtbar. Und wie in der Luft, so wurde es auch auf dem Wasser von Minute zu Minute lebendiger; Boote und Pinassen der Schiffe fuhren von Bord an Land und von Land an Bord, von Schiff zu Schiff. Torpedoboote, Dampfer der Hafenpolizei, Werft- und Stations-Pinassen durchquerten den Hafen, und dies alles schuf mit einem Male das lebhafteste buntfarbigste Marinebild, vergoldet durch das Licht der höher steigenden, von fast wolkenlosem Himmel herabstrahlenden Sonne.

Inzwischen hatte sich trotz der schneidenden Kälte an der Barbarossa-Brücke ein ziemlich zahlreiches Publikum versammelt, welches den Kaiser, als er gegen 10 Uhr mittels Stationspinasse vom Bord „Friedrich des Großen" zurückkehrte, mit jubelnden Hochrufen begrüßte. An der Brücke hielten drei prinzliche Hofwagen; Se. Majestät nahm, begleitet von dem Chef der Ostseestation, in dem ersten derselben Platz, während die Adjutanten und das Gefolge die beiden anderen Wagen besetzten. Unter andauernden Hurrahrufen der Anwesenden fuhr der Kaiser durch den Schloßgarten nach dem Kasernenplatze der 1. Matrosen-Division und des kaiserlichen 1. Seebataillons, wo inzwischen die Truppen angetreten waren. Es erfolgte eine kurze Besichtigung, worauf der Kaiser in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich nach Gaarden fuhr, um die 1. Werftdivision zu inspiziren. Gegen 1 Uhr kehrte Se. Majestät von der kaiserlichen Werft zurück und fuhr nach dem königlichen Schlosse, auf dessen Thurm alsbald die Kaiserstandarte in die Höhe ging.

Kiel, 20. Januar. Gestern Abend war Diner im Schloß an dem das Gefolge und die anwesenden Admirale theilnahmen. Heute Vormittag um 11 Uhr war Vereidigung der Rekruten im Exerzierhause. Se. Majestät schiffte sich soeben auf dem „Pelikan" ein und ging mit dem Geschwader, begleitet von den Admiralen Goltz

und Hollmann, zur Abhaltung von Manövern in See.

Se. Maj. der Kaiser hielt in dem Exerzierhause der Marine eine Ansprache an die Marine-Rekruten, in welcher Se. Majestät dieselben ermahnte, ihrer Pflicht als deutsche Matrosen stets eingedenk zu sein, treu zu Kaiser und Reich zu stehen und die Religion nicht zu vergessen. Se. Maj. theilte, wie die „Kiel. Z." meldet, ferner mit, daß Se. kgl. Hoheit der Prinz Heinrich zur Dienstleistung im Reichsmarine-Amt kommandirt sei. Prinz Heinrich dankte und verabschiedete sich sodann von den Offizieren und Mannschaften der ersten Matrosendivision.

Schweiz.

Der Schweizer Nationalrath hat die für Kriegsbereitschaftszwecke geforderten Kredite von 7½ Millionen Franks einstimmig bewilligt. Die schweizerische Wehrkraft soll dadurch auf den Stand gebracht werden, welcher deren wirksame Verwendung zur Vertheidigung des Landes sicher stellt. Die Anträge gründen sich noch auf Berichte des Waffenchefs vom Jahre 1891 und auf einen Antrag des verstorbenen Obersten Pfyffer aus dem Jahre 1889. Hierbei sind aber die Forderungen soweit herabgesetzt worden, als thunlich erschien, um ihren Zweck nicht zu gefährden. Trotzdem erheischen sie noch die oben genannte Summe, wovon jedoch rund 5½ Millionen für Lebensmittel und Schuhe aus der Bundesanleihe von 1889 bestritten werden, so daß die eigentliche Kreditforderung für 1892 etwas über zwei Millionen Franks beträgt. Im Anschluß an diese Kreditforderungen, welche sich auf Munition, Material zur Herstellung improvisirter Befestigungen und Minenanlagen zu Straßenzerstörungen, Bekleidung und Ausrüstung, sowie Verpflegungsvorräthe erstrecken, benutzt der Bundesrath in seiner Botschaft die Gelegenheit, die Räthe über weitere Schritte zu verständigen, welche er zur Vervollständigung der Kriegsbereitschaft zu thun gedenkt. Die Infanterie des Landsturmes soll bewaffnet, ausgerüstet und bekleidet, in den Grenzgebieten sollen sämmtlich Wachmänner mit einem eisernen Bestand an Patronen versehen werden. Ebenso soll auf eine bessere Organisation und Ausnützung der Eisenbahnen hingewirkt werden, eine Ankündigung, die sich wohl nach dem abgelehnten Ankauf der Zentralbahn selbst schwer verwirklichen lassen wird. Gegenwärtig ist der Einfluß des Bundes auf die Privatbahnen lange nicht mächtig genug, um dieselben für militärische Zwecke zu erhöhten Anstrengungen zu veranlassen. Im Nationalrath wurde anläßlich der Vorlage über die Kriegsbereitschaft noch mitgetheilt, daß die Befestigung von St. Maurice-Rhonethal 2 Millionen, diejenige in Luciensteig an der österreichischen Grenze 600,000 Franks kostet. Wahrscheinlich um den Nationalrath den Forderungen geneigter zu machen, bezeichnete der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrath Frey, die gegenwärtige politische Lage als ein offenes Pulverfaß, das sich jeden Augenblick entzünden könne. Die Annahme der Vorlage erfolgte wohl unter dem Eindruck dieses Bildes einstimmig.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. (W. T. B.) Bei dem Duell, welches wegen der gestrigen Kammervorgänge heute zwischen den Deputirten Delpech und Castelin stattfand, wurde der erstere am Arme verwundet.

Paris, 20. Januar. Laur wird weder Constans beim Senat verklagen, der die Klage sicher abweisen wird, noch ihn herausfordern, da Constans die Forderung ablehnen wird. Der Skandal wird daher voraussichtlich weiter keine direkten Folgen haben.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Januar. (Hirschs T. B.) „Times" konstatirt, das auswärtige Geschwader sei hauptsächlich für den Fall nach Tanger gesendet worden, um bei einem Zusammenbruch der Herrschaft des Sultans bei der Hand zu sein. Diese Gefahr sei beseitigt. Englands politische Interessen duldeten nicht, daß Marokko in andere Hände falle. Weder Frankreich noch eine spanisch-französische Entente dürften über die Zukunft Marokkos entschieden, für Großbritanniens Sicherheit sei eine frei Gibraltar-Straße wichtiger als der Suez-Kanal. Da momentan jede Gefahr beseitigt, dürfte es nicht unmöglich sein, eine Verständigung aller interessirten Mächte herbeizuführen.

„Daily News" melden aus Teheran, daß die anti-englische Aktion im Wachsen begriffen sei. Die Wohnungen der Europäer, sowie die Gesandtschaften müssen durch starke Polizei-Patrouillen geschützt werden. Weder der Schah noch der Großvezir wagten, aus Furcht vor Volkskundgebungen sich zu zeigen.

Rußland.

Die russischen Zeitungen leiden an der fixen Idee, daß Deutschland all' den Jammer verschuldet hat, welcher über das Zarenreich hereingebrochen ist, und überall suchen sie nach der „deutschen Hand", die in alle Angelegenheiten eingreift. So schreibt jetzt der Petersburger Berichterstatter der „Moskowsk. Wjed." von einem neuen Plane, der vom Finanzminister durchkreuzt worden sei.

„Es habe die preußische Regierung nämlich die Absicht gehabt, allen Hafer aufzukaufen, der jetzt schon in den Ostseestädten lagere und den die dortigen Händler noch beschaffen könnten. Graf Caprivi habe gehofft, auf diese Weise die russische Regierung in gewissem Sinne dem Einflusse Deutschlands unterwerfen zu können. Der Plan sei aber an Tarifmaßnahmen unseres Finanzministeriums gescheitert, denen zufolge es weit vortheilhafter, das Korn aus den baltischen Provinzen ins Innere zu senden, als dorthin anzuführen. Auf diese Weise sei denn der Kornvorrath in den baltischen Hafenstädten nicht so groß, als daß Graf Caprivi durch seinen Ankauf auf die russische Regierung irgend einen Druck ausüben könnte. Die baltischen Exporteure wissen jetzt nicht, wohin mit ihren Vorräthen, die sie schon in ihren Händen haben, und da hätten sie sich einen sonderbaren Ausweg ersonnen. ‚Unlängst erschien in Petersburg ein gewisser kurländischer Baron und gleichzeitig der Direktor einer baltischen Kredit-Institution, um unserer Regierung folgendes Geschäft vorzuschlagen: ein Pud Korn kostet im Innern Rußlands 1 Rbl. 10 Kop., im Auslande aber kann man 1 Rbl. 40 Kop. erhalten, was also einen Reingewinn von 30 Kop. pro Pud ausmachen würde. Wenn nun unsere Regierung den baltischen Exporteuren die Ausfuhr von Korn gestatten wollte, so würden diese selbstlosen Leute gern bereit sein, den Gewinn mit der Regierung zu gleichen Theilen zu theilen. Mehrere Wochen hat der verehrte Baron sich hier mit seinen Projekten getragen, stets darüber jammernd, daß man ihn in kompetenten Kreisen nicht empfing und ihm kein Privilegium auf solch baltische Erfindung ertheilt; zu guterletzt habe er dann alle Hoffnung aufgegeben und sei heimgereist."

Solche Absichten der preußischen Regierung unterzuschieben, grenzt schon an Verrücktheit. Wenn man die „deutsche Hand" spürt, so geschieht dies bei gewissen finanziellen Versuchen Rußlands im Auslande und auch da nur insofern, als die deutsche Hand fest in der Tasche bleibt und sich nicht öffnet, um für russische werthlose Papiere gutes Geld zu geben. So wird es aber auch fernerhin gehalten werden.

Die Grippe im Jahre 1891.

Einem vom kaiserlichen Gesundheitsamt veröffentlichten Bericht entnehmen wir folgende Mittheilungen:

Eine den Aerzten zwar lange bekannte, von den Zeitgenossen aber bis vor zwei Jahren als Volksseuche beachtete Krankheit, die Influenza oder „epidemisch auftretende Grippe", hatte im Dezember des Jahres 1889 die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maße auf sich gelenkt, als sie, von Osten nach Westen über Europa sich verbreitend, zur Ursache einer Reihe von Todesfällen unter allen Altersklassen wurde. Eine begreifliche Aufregung rief daher im November 1891 die Nachricht hervor, daß dieselbe Seuche von neuem einen Zug durch Europa beginne. Nach den im kaiserlichen Gesundheitsamte eingegangenen Sterblichkeitsausweisen hatte sich in der dritten Dezemberwoche 1889 in zahlreichen Städten des deutschen Reiches ein plötzliches Ansteigen der Sterblichkeitsziffer gezeigt, zuerst im Osten und Norden sowie in einigen Hauptverkehrsorten des mittleren Deutschlands, später auch in den meisten andern Orten. Es war daher zu erwarten, daß die im November 1891 von neuem auftretende Grippe ähnlichen Einfluß auf die Gesammtsterblichkeit haben werde, und insbesondere auch die Zahl der Sterbefälle an akuten Erkrankungen der Athmungsorgane, welche vor zwei Jahren das damalige Ansteigen der Sterbeziffer vorzugsweise bewirkt hatten, wieder vermehren werde.

Diese Erwartung hat sich bestätigt. Während die Gesammtsterblichkeitsziffer des Monats November 1891 nach den Ausweisen aus deutschen Städten in den fünf Vorjahren stets eine besonders niedrige gewesen war (20,1 bis 21,3 ‰ für die gesammte Städtegruppe), stieg sie schon während der ersten Novemberwoche des Jahres 1891 in mehreren Städten des deutschen Reiches plötzlich an, so in Breslau auf 31,6 ‰, in Altona auf 27,3, in Hamburg auf 27,4 ‰. Gleichzeitig zeigte sich in den genannten Städten die Zahl der Todesfälle an akuten Erkrankungen der Athmungsorgane und an Lungenschwindsucht im Vergleich mit den Novemberwochen des Jahres 1890 mehr als verdoppelt.

Die folgenden Wochen des Dezember brachten für Altona und Hamburg ein weiteres Ansteigen der Sterbefälle, ferner eine erhebliche Erhöhung der Sterblichkeitsziffer noch für Kiel (bis 35,8), Bremen (34,3), Posen (44), Stettin (40), Frankfurt a. O. (48,4), Rostock (33,5), Lübeck (40,3), Elbing (38,4), Königsberg (32,6), Danzig (28,7), Bromberg (32,1), Potsdam (37,2), Berlin (29), Köln (29,1), Essen (Anfang Dezember 36,3). Auch Münster, Aachen, Straßburg, Metz zeigten höhere Ziffern. In den Städten Mittel- und Süddeutschlands war ein Ansteigen der Sterbeziffer noch nicht zu bemerken. Von Städten des Auslandes zeigten die höhere Sterblichkeitsziffer seit Ende Oktober Pest, Lemberg und Krakau, seit Anfang bezw. Mitte November besonders Kopenhagen, Edinburg, Dublin und Liverpool. Ein Sinken der durch das Auftreten der Grippe plötzlich erhöhten Sterblichkeitsziffer wurde in den meisten von der Seuche betroffenen Städten des deutschen Reiches und in vielen Städten des Auslandes bereits in der zweiten Hälfte Dezembers beobachtet, nur einige von der Seuche anscheinend spät erreichte Städte, wie Görlitz, Magdeburg, Braunschweig, Chemnitz, Metz, Kassel und einige anscheinend besonders stark heimgesuchte Orte, wie Essen, Münster, Frankfurt a. d. O., ferner im Auslande Kopenhagen, Dublin, London, Liverpool, Graz, Triest, Krakau haben auch in der vorletzten und letzten Dezemberwoche noch außergewöhnlich viele Todesfälle zu verzeichnen gehabt. In den größern Städten des deutschen Reiches entsprach das Auftreten der Grippe während der beiden letzten Monate des Jahres 1891 weder an Ausdehnung noch an Heftigkeit dem Auftreten der Seuche vor zwei Jahren. Denn einerseits war in einem weit kleinern Theile der Städte das für die frühere Epidemie bezeichnende plötzliche Ansteigen der Sterbefälle bemerkbar und andrerseits sind so hohe Sterblichkeitsziffern wie vor zwei Jahren diesmal nicht erreicht worden. Während vor zwei Jahren die Sterblichkeit in deutschen Städten vielfach weit höher anstieg, z. B. in Kiel bis zu 69,6, in Darmstadt bis zu 68,1, in Münster bis 65,8 in Augsburg bis 62,4, in Danzig bis 61 und in weitern 8 großen Städten bis über 50 ‰, erreichte Ende 1891 nur Essen vorübergehend eine höhere Sterblichkeit als 50 ‰. — Zu einem Urtheil darüber, welche Altersstufen der Bevölkerung vorzugsweise dahingerafft wurden, dient für Berlin folgender Vergleich:

Es starben in Berlin während des	im Alter von 0–1 Jahren	1–9	10–19	20–29	30–39	40–59	60–79	80 und mehr
grippefreien Dezember 1888:	761	446	63	142	178	333	353	60
Grippemonats Dezember 1889:	980	597	128	278	371	718	579	102
grippefreien Dezember 1890:	802	369	69	175	206	375	396	61
Grippemonats November 1891: 31 Tage (bis einschließl. 1. Dez.)	973	533	79	183	240	562	626	142

Hiernach ist während des Grippemonats Dezember 1889 die Sterblichkeit am wenigsten gestiegen bei Säuglingen und bei ältern Kindern des ersten Lebensjahrzehnts. Am beträchtlichsten wuchs während des Herrschens der Seuche im Jahre 1889 die Sterblichkeit unter den Personen des 5. und 6. Lebensjahrzehnts, demnächst unter den Personen des 2. und 4. Lebensjahrzehnts. Die entsprechenden Zahlenangaben für das letztbeobachtete Auftreten ergeben das stärkste Ansteigen der Sterbefälle für die höchsten Altersstufen von 60 Jahren und darüber. Die im Lebensalter vorgeschrittenen Personen scheinen daher unter dem neuerlichen Auftreten noch mehr als vor zwei Jahren gelitten zu haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Januar.

* In Folge des starken Eises hat der Dampfer „Heringsdorf" auf der Fahrt von Swinemünde nach hier gestern Vormittag die Schraube verloren. Der Dampfer wurde noch am gestrigen Abend hier erwartet.

* Schwurgericht. Ein Prozeß, der mit der Freisprechung der Angeklagten endete, spielte sich in der gestrigen Sitzung ab. Angeklagt war die Eigenthümerfrau Karoline Stier, geb. Schulz, aus Radekow wegen Verleitung zum Meineid. Die Angeklagte hatte ein Enkelkind der 72jährigen Arbeiterfrau Annas bei sich in Pflege. Der letzteren wurde gesagt, das 6jährige Mädchen werde von ihrer Pflegemutter, der Frau Stier, gemißhandelt, weshalb sich die Frau A. im November 1889 zu der Frau begab, die Kleine zu holen. Diese jedoch war stets gern bei Frau St. Als der Eigenthümer Stier, der sich gerade auf dem Hofe befand, der Frau ansichtig wurde, faßte er sie beim Arme, um sie vom Hofe zu bringen, während die Ehefrau aus der Stube kam, um die alte Frau Annas mit einem Holzpantoffel zu schlagen. Diese That führte die Frau Stier auf die Anklagebank des königlichen Amtsgerichts zu Penkun, woselbst sie sich am 20. Januar 1890 wegen Körperverletzung zu verantworten hatte. Die Frau Stier brachte der Annas des öftern Essen und ließ sie sich auch eine halbe Stunde vor dem Termin bei der Großmutter ihres Pfleglings sehen. Bei diesem Besuche soll die St. nun die alte Frau überredet haben, auf dem Termin nicht zu sagen, sie sei von ihr mit einem Pantoffel geschlagen worden, sondern sie sei gefallen und habe sich so eine Verletzung am Kopfe zugezogen. Dies geschah auch, so daß die Freisprechung der Angeklagten erfolgte. Die Angeklagte gab gestern an, sie könne sich nicht genau besinnen, ob sie geschlagen habe oder nicht, sie sei in Aufregung gewesen. Frau Annas ist aber bereits verstorben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß die Frau Stier auch noch nach dem Gerichtstermin bei der alten Annas gewesen ist und ihr Essen gebracht hat. Die Geschworenen konnten nicht zu der Ansicht kommen, daß die Angeklagte sich einer Verleitung zum Meineid schuldig gemacht habe und so wurde dieselbe von der Anklage freigesprochen.

Aus den Provinzen.

Bütow, 19. Januar. Die Influenza breitet sich hier immer mehr aus. Fast jede Familie wird von der Seuche heimgesucht, doch tritt sie bis jetzt noch nicht bösartig auf. In dem königlichen Seminar sind heute, wie uns mitgetheilt wird, 15 Zöglinge an der Influenza erkrankt. In der Präparandenanstalt sollen sogar 35 Zöglinge an der Krankheit darnieder liegen. — Der hiesige zweite Geistliche an der Elisabethgemeinde, Herr Pastor Paul Niemann, wird zum 1. Oktober von hier versetzt, er hat die Pfarrstelle in Brädikow bei Friesack, Kreis Ost-Havelland, erhalten. — Das hiesige Steinhauer'sche Hotel ist in diesen Tagen von Herrn Ernst Iben aus Stettin für den Preis von 60,000 Mark durch Kauf erworben worden.

Vermischte Nachrichten.

Paris, 17. Januar. Das neueste Ereigniß, das den bekanntlich sehr entwickelten und blühenden Pariser Blumenhandel in Aufregung versetzt, ist das Auftauchen grüner Nelken. Als diese vorgestern zum ersten Mal in der Blumenabtheilung der großen Hallen erschienen, erregten sie bei den Händlern und beim Publikum Staunen und Aufsehen. Beim Publikum drückte sich dieses in starker Kauflust aus, welche den Preis der einzelnen Nelke rasch auf zwei Franken trieb, bei den Fachleuten aber in heftigem Mißtrauen. Die Handelsgärtner riefen — das ist echt französisch! sofort die Polizei an, denn, erklärten sie, das könne nicht mit natürlichen Dingen zugehen, grüne Nelken gebe es nicht und offenbar handle es sich um irgend einen Betrug. Die Polizei schritt thatsächlich ein, beschlagnahmte einige der merkwürdigen Blumen und übergab sie dem Chemiker des städtischen Laboratoriums zur Untersuchung. Dieser stellte ohne Mühe fest, daß die grünen Nelken wirklich künstlich gefärbt sind, aber in einer Weise, die man kaum beanstanden kann. Gewöhnliche weiße Nelken werden abgeschnitten und mit den lang gelassenen Stengeln in ein Gefäß gestellt, das mit einer wässerigen Anilin-Lösung gefüllt ist. Die Lösung an sich ist farblos. Durch die Kapillarität steigt eine kleine Menge der Flüssigkeit die Gefäßbündel entlang in den Stengel auf und gelangt nach einiger Zeit in die Kronblätter, wo sie durch die eigene chemische Zellenthätigkeit der Pflanze oxydirt wird und eine prächtige smaragdgrüne Farbe annimmt, die sie auch den Kronblättern der Pflanze mittheilt. Es genügt, die abgeschnittene Pflanze 24 bis 36 Stunden lang in der Flüssigkeit stehen zu lassen, um dieses Ergebniß zu erreichen. Doch kann die Nelke die grüne Farbe nur mit Hülfe des Sonnenlichtes erzeugen und die Kronblätter, die vor dem Lichte geschützt werden, bleiben weiß. Es scheint, daß man bisher mit Hülfe verschiedener Anilien-Lösungen ein schönes Grün, ein schwaches Rosa und ein tiefes Veilchenblau erzeugen kann, so daß es möglich ist, violette Orangenblüthen, grüne Hyazinthen und Narzissen und Rosa-Gänseblümchen hervorzubringen. Die Kunstgärtner versuchen jetzt, diese Methode bei lebenden Pflanzen anzuwenden und die Anilinlösungen durch die Wurzeln aufsaugen zu lassen. Man wird bald erfahren, ob sich die lebende Pflanze dem Farbstoff gegenüber so verhält, wie die abgeschnittene.

Bankwesen.

Badische 4 pCt. Eisenbahn-Anleihe von 1859—61 und 1862—64. Die nächste Ziehung findet Anfang Februar statt. Gegen den Kours-verlust von ca. 2 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 9 Pf. pro 100 Mark.

Börsen-Berichte.

Posen, 20. Januar. Spiritus loko ohne Faß 50er 65,50, do. loko ohne Faß 70er 46,10. Matt. — Wetter: Milder.

Magdeburg, 20. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker exkl., von 92 Prozent 19,50, Kornzucker exkl. 88 Prozent Rendement 18,50. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement 16,10. Ruhig. Brodraffinade I. 30,00. Brodraffinade II. 29,75. Gemahlene Raffinade mit Faß 29,75. Gemahlene Melis I. mit Faß 28,50. Ruhig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Januar 14,65 G., 14,72½ B., per Februar 14,70 G., 14,75 B., per März 14,90 bez. und B., per Mai 15,12½ G., 15,15 B., Matt.

Hamburg, 20. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 68,50, per März 64,50, per Mai 62,25, per Juli 61,25. — Behauptet.

Hamburg, 20. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker, 1 Produkt Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,67½, per März 14,90, per Mai 15,15, per August 15,42½. — Ruhig.

Köln, 20. Januar, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 23,00, do. fremder loko 24,00, per März 21,40, per Mai 21,40. Roggen hiesiger loko 23,00, fremder loko 24,75, per März 22,40, per Mai 22,50. Hafer hiesiger loko 15,25, fremder —,—. Rüböl loko 64,00, per Mai 60,10, per Oktober 58,90. — Wetter: Frost.

Pest, 20. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko steigend, per Frühjahr 1892 10,71 G., 10,73 B., per Herbst 9,61 G., 9,63 B. Hafer per Frühjahr 6,26 G., 6,28 B. Neumais per Mai-Juni 5,70 G., 5,72 B. Kohlraps per August-September 13,25 G., 13,35 B. — Wetter: Kalt.

Paris, 20. Januar. Getreidemarkt. (Anfangs-Bericht.) Mehl beh., per Januar 55,50, per Februar 55,90, per März-April 56,60, per März-Juni 57,10. — Spiritus träge, per Januar 46,00, per Februar 45,50, per März-April 45,50, per Mai-August 45,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 20. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Rüböl beh., per Januar 58,00, per Februar 58,50, per März-April 59,25, per März-Juni 59,50. — Mehl matt, per Januar 55,30, per Februar 55,70, per März-April 56,50, per März-Juni 57,00. — Spiritus weichend, per Januar 45,50, per Februar 44,75, März-April 44,25, per Mai-August 44,75.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 20. Januar. Mascagni's Cavalleria rusticana wurde gestern hier zum ersten Male aufgeführt und trotz des Beifalls der anwesenden Italiener niedergezischt. Die Kritik ist vernichtend.

Rom, 20. Januar. Die Kammer hat in geheimer Abstimmung mit 177 gegen 66 Stimmen die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn angenommen.

London, 20. Januar. Wie verlautet, beabsichtigt der Khedive sich mit seiner in Konstantinopel lebenden Kousine zu vermählen.

Nach einem Newyorker Telegramm der „Daily News" hatte der chilenische Minister offiziell die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Lösung erwähnt. Die öffentliche Meinung sei gegen den Krieg; der Präsident werde voraussichtlich keine Botschaft erlassen. England hat seine Vermittlung angeboten.

Warschau, 20. Januar. General Gurko verbot, in Anbetracht der Ansteckungsgefahr, die Verwendung von Arbeitern aus den nothleidenden Distrikten zu landwirthschaftlichen Arbeiten in Polen.

Newyork, 20. Januar. Der Zustand des Staatssekretärs Blaine hat sich derart verschlimmert, daß stündlich seiner Auflösung entgegen gesehen wird.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 20. Januar. Se. Majestät der Kaiser begab sich um 1 Uhr Nachmittags an Bord des Dampfers „Pelikan", welcher, gefolgt von den Panzerschiffen „Baden", „Friedrich der Große", „Kronprinz", sowie von der Torpedoboots-Division, der Außenföhrde zudampfte. Die Festung Friedrichsort salutirte die Kaiserstandarte; das Torpedo-Schulschiff „Blücher" schloß sich dem Geschwader an, welches nach einem gefechtsmäßigen Manöver Nachmittags 5 Uhr zurückkehrte. Se. Majestät der Kaiser nahm an Bord des Admiralschiffs „Baden" das Mittagsmahl ein.

London, 20. Januar. Heute Vormittag fand die feierliche Ueberführung der Leiche des Herzogs von Clarence von Sandringham nach Winsor statt. Kurz nach 10 Uhr setzte sich der Zug mit dem Sarge, welcher auf einer von sechs Pferden gezogenen Lafette ruhte, von Sandring-House aus in Bewegung. Der Prinz von Wales und der Herzog von Fife folgten zu Fuß, die Prinzessin von Wales, ihre Töchter und Prinz Georg, sowie die Herzogin von Teck und Prinzessin Viktoria von Teck, schlossen sich in Wagen dem Zuge an, welcher um 11 Uhr 45 Minuten in Wolferton-Bahnhof und um 3 Uhr in Windsor eintraf. Hier wurde der Sarg von Husaren des 10. (Prince of Wales Own Royal-) Husaren-Regiments vom Gefährt abgehoben und unter Eskorte der Leibgarde durch die dichte Volksmenge nach der Georgs-Kapelle getragen. An der Prozession dorthin nahmen der Prinz von Wales, die anderen Prinzen, die Vertreter der europäischen Fürstenhäuser, darunter Se. königl. Hoheit Prinz Friedrich Leopold von Preußen und die Deputation des preußischen Husaren-Regiments Fürst Blücher von Wahlstatt Theil. Den Gottesdienst, welchem außer den Prinzen auch die Prinzessinnen beiwohnten, verrichtete der Bischof von Rochester. Die Kapelle war mit reichem Blumenschmuck und Kränzen gefüllt. Abends erfolgt die Beisetzung des Herzogs von Clarence in der Gruft unter der Albert-Gedächtniß-Kapelle ohne öffentliche Theilnahme.

Wetteraussichten
für Donnerstag, den 21. Januar 1892.

Trockenes, vorwiegend heiteres Wetter mit ziemlich strengem Frost und mäßigen östlichen Winden.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 19. Januar, — 0,90 Meter. — **Elbe** bei Magdeburg, 19. Januar + 1,30 Meter. — **Unstrut** bei Straußfurt, 19. Januar, + 1,12 Meter. — **Oder** bei Breslau, 19. Januar, Oberpegel + 4,86 Meter, Unterpegel + 0,00 Meter. — **Warthe** bei Posen, 19. Januar, + 1,62 Meter. — **Netze** bei Usch, 19. Januar, + 1,76 Meter.

Berlin, den 20. Januar 1892.

Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.

Deutsche R.-Anl.	4%	106,90 b	Schl.-Hlst.-Pfdl	3½%	—,—
do. do.	3½%	99,30 b G	Westfälisch. do.	4%	—,—
Pr. Consol. Anl.	4%	106,60 G	do. do.	3½%	—,—
do. do.	3½%	99,25 b G	Westpr. rittersch.	3½%	95,20 b
Preuß. St.-Anl.	4%	100,90 B	Hannover. Rtbr.	4%	102 75 G
do. do.	4%	——	Hess.-Nass. do.	4%	102 75 G
Pr. Staatsschuld.	3½%	99,90 G	Kur- u. Neumärk.	4%	102 50 G
Berl. Stadt-Obl.	3½%	96,20 b B	Lauenburg. Rtbr.	4%	102,50 G
do. do.	3½%	—,—	Pommersche do.	4%	102,50 G
do. do. neue	3½%	96,20 b B	Posensche do.	4%	102,40 b
Westpr. Pr.-Obl	3½%	—,—	Preußische do.	4%	102,40 b
Berliner Pfdbr.	5%	113 10 G	Rh. u. Westf. do.	4%	102 80 b
do. do.	4½	110 80 G	Sächsische do.	4%	102 80 b
do. do.	4%	103,60 G	Schlesische do.	4%	102 40 b G
do. do.	3½%	97 10 G	Schl. Holst. do.	4%	102 40 b G
Kur- u. Neumärk	3½%	92,80 b	Badische 4% Eisenbahn-Anleihe	4%	105 00 b
do. neue	3½%	95 60 b	Bayerische Anl.	4%	106,10 G
do.	4%	——	Hamburg Staats-Anleihe v. 1886	3%	83,80 b G
Landsch. C.-Pfdbr.	4%	—,—	Hamburg. Rente	3½%	97,10 G
do.	3½%	95,90 b	do. amort. Staats-Anleihe	3½%	95,95 b G
do.	3%	83 60 G	Pr. Präm.-Anl.	3½%	154,75 b
Ostpreuß. Pfdbr	3½%	95,20 b	Bayer. Präm.-Anl.	4%	143 75 G
Pommersche do.	3½%	95,75 B	Cöln-Mind. Pr.-A.	3½%	132 50 b
do. do.	4%	—,—	Meininger 7 Guld.-Loose		27 25 b G
Posensche do.	4%	101,70 G			
do. do.	3½%	95,70 G			
Sächsische do.	4%	——			
Schl.-Holst. Pfdb.	4%	101,30 b			

Fremde Fonds.

Argentinische Anl.	5%	38,30 G	Rum. St.-A. Obl.	5%	101 70 G
Bukarest. Stadt-A.	5%	94 75 G	do. do. amortb.	5%	98 [illegible]
Buen.-Aires Gld.-Anleihe	5%	27,60 b	Russ. co. Anl. 1871	5%	—,—
Egyptische Anl.	3%	——	do. do. 1872	5%	—,—
do. do.	3½%	88,50 b	do. do. 1880	4%	92,70 b
Italienische Rente	5%	91,00 B	do. do. 1887	4%	—,—
Mexican. Anleihe	6%	84 20 b	do. Goldrente	6%	—,—
do. do. 20 L. St.	6%	84 20 b	do. do. 1884 stpfl.	5%	100,60 B
Newy. Stadt.-Anl.	7%	—,—	do. (2 Orient) 1878	5%	—,—
do. do.	6%	119,50 b G	do. Präm.-A. 1864	5%	146 75 b
Oesterr. Gold.-R.	4%	96,60 b B	do. do. 1866	5%	139 [illegible]
do. Papier-R.	4⅕%	80,80 B	do. Bodencr. neue	4½%	94 50 [illegible]
do. do.	5%	80 80 B	Serb. Gold-Pfdb	5%	91 25 [illegible]
Oesterr. Silb.-R.	4⅕%	80,70 b	do. Rente	5%	84 60 b G
Oest. 250 Fl. 1854	4%	123 30 b G	do. do. neue	5%	85 30 b G
do. Cred. 100 1858	—	325,30 G	Ungarische Gold-Rente	4%	92,90 B
do. 1860er Loose	5%	123 80 b	Ungarische Papier-Rente	5%	88 60 b
do. 1864er Loose	—	316,5 G			
Rum. St.-A. Obl.	5%	101,70 b G			

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Eutin-Lübeck	4%	47,50 b	Dux-Bodenbach	4½	233 60 b
Frankf. Güterb.	4%	77 75 b	Gal. Carl-Lud.	4%	—,—
Lübeck-Büchen	4%	150,00 G	Gotthardbahn	4%	147 [illegible]
Mainz-Ludwigh.	4%	116 70 b	It. Mittelm.-B.	4%	[illegible]
Marb.-Mlawka	4%	54 25 G	Kursk-Kiew	5%	[illegible]
Meckl. Fr.-Franz.	4%	——	Moskau-Brest	3%	[illegible]
Niederschl. Märk. Staats-Bahn	4%	151 00 G	Oestr. Frz.-Stsb.	4%	[illegible]
Ostpr. Südbahn	4%	70 20 B	do. Nordwb.	5%	[illegible]
Saalbahn	4%	35 60 b	do. Lit. B. Elbth.	4%	[illegible]
Stargard-Posen	4½%	102 20 b B	Südöst. (Lomb.)	4%	[illegible]
Amsterd.-Rottd.	4%	——	Warschau-Ter.	5%	97 50 b
Baltische Eis.	3%	63 75 b	do. Wien	4%	215 40 b

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Altdamm-Colberg	4½%	116 10 b
Marb.-Mlawka	5%	107 [illegible]
Ostpreußische Südbahn	5%	108 10 [illegible]

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Bergisch-Märkisch 3 A. B.	3½%	98 75 b	Gr. R. ss. Eisenb. g.	3%	75 10 b
Cöln-Mind. 4. Em.	4%	—,—	Jelez-Orel gar.	5%	—,—
do. 7. Em.	4%	—,—	Jelez-Woronesch a.	4%	—
Magd.-Halbst. 73	4%	—,—	Iwangorod-Dombr. gar.	4½%	96 6[illegible]
do. Leipzig Lit. A.	4%	—,—	Kozlow-Woronesch gar.	4%	82 75 b G
do. Lit. B.	4%	—,—	Kursk-Charkow g.	5%	——
Oberschles. Lit. D.	3½%	—,—	do. Chark.-Asow Oblig.	4%	84 60 b
do. Lit. D.	4%	——	Kursk-Kiew gar.	4%	85,30 b
do. Starg.-Pos.	4%	101 00 b	Losowo-Sewastop.	5%	—,—
Saalbahn	3½%	——	Mosco-Rjäsan	4%	86 80 b G
Gal.-Carl-Ludwig.	4½%	86 60 G	do. Smolensk. g.	5%	93 40 b
Gotthardb. 4. Ser.	4%	102 50 b	Orel-Griasy (Oblig.)	4%	83,40
do. conv.	5%	—	Rjäsan-Kozlow g.	4%	84 75
Kronprinz-Rudolfbahn	4%	82 00 b G	Rjäschk-Morczansk gar.	5%	99 40 b
Kronprinz-Salzkammergut	4%	106,00 B	Rybinsk-Bologoye	5%	86 50 G
Oest. Franz-Stb. alte gar.	3%	84 00 b G	Schuja-Iwanowo gar.	5%	—,—
Oest. Franz-Stb. 1885 gar.	3%	79 90 G	Russ. Südwestbahn gar.	4%	88 7[illegible]
Oest. Ergänzungsnetz gar.	3%	81,10 G	Transkaukasisch g.	3%	75 70 b
Oest. Franz-Stsb.	5%	106 60 G	Warschau-Terespol	5%	99,25
do. do. Gold-Pr.	4%	100 10 G	Warschau-Wien 2. Emission	4%	97 25
Südöst. Bahn (Lomb.)	3%	63,00 B	Wladikawkas gar.	4%	87 75 G
Ungarische Ostb. 1 (Staatsobl.)	5%	—,—	Zarskoe-Selo	5%	88,50 G
do. do. g.	5%	—	Northern Pacific I.	6%	111,50 B
Brest-Grajewo	5%	93 90 b G	Oregon Railway Nav.	5%	91 50 b
Charkow-Asow g.	5%	—,—			
do. in Livr. Sterl.	5%	——			
Chark.-Krementsch. g.	5%	—,—			
do. do. Liv. St.	5%	—,—			

Hypotheken-Certificate.

Dtsch. Grund-Pfd. 3. abg.	3½%	96,50 b G	Pr. B. Cr. Se 8. 9 (rz. 100)	4½	[illegible]
Dtsch. Grund-Pfd. 4. abg.	3½%	96 00 b B	do. Ser. 12. (rz. 100)	4%	100,70 b
Dtsch. Grund-Pfd. 5. abg.	3½%	91 60 G	Pr. Centrb. Pfdb. (rz. 110)	5%	101 70 b
Dtsch. Grundsch.-Real-Oblig.	4%	100,80 b G	do. do. (rz. 110)	4½%	——
Dtsch. Hyp.-B.-Pf. 4. 5. 6.	5%	110 75 b G	do. do. (rz. 100)	4%	102,75 b G
do. do. do.	4%	101,40 b G	do. do.	3½%	93,30 b G
do. do. conv.	4%	101,40 b G	do. do. Com. Obl.	3½%	93,30 b G
Hamb. Hyp.-Pfdb. (rz. 100)	4½%	——	Pr. Hyp.-A.-B. 1. (rz. 120)	4½%	115 25 G
do. do. do.	3½%	91,80 b	do. do. 6. (rz. 110)	5%	110 90 G
Pomm.-Hyp.-B. 1. (rz. 120)	5%	—,—	do. do. div. Ser. (rz. 100)	4%	101,20 b
Pomm. 3. u. 4. (rz. 100)	4%	101 00 b G	do. do. (rz. 100)	3½%	93,40 b G
Pomm. 5. u. 6. (rz. 100)	4%	101 00 b G	do. Hyp.-Vers.-Certific.	4½%	106,10 B
Pr. B. Cr. unkündb. (rz. 110)	5%	113 10 G	do. do. do.	4%	100,80 B
do. Ser. 3. 5. 6. (rz. 100)	5%	107 60 G	Rhein. Hypoth.-Pfdbr. (kdb. 90)	4½%	—,—
			Stett. Nat.-Hyp.-Cr.-G.	5%	——
			do. do. (rz. 110)	4½%	[illegible]
			do. do. (rz. 110)	4%	[illegible]
			do. do. (rz. 100)	4%	

Bank-Papiere.

Div. p. 1890.					
Bk. f. Spr.-Prd.-H.	—	6,20 b G	Dtsch. Genossensch.	8	122,00 [illegible]
Berliner Cassenver.	8½	134,6 G	Disc.-Command.	11	180 75
do. Handelsges.	[illegible]	137,75 b	Dresdner Bank	10	14[illegible]
do. Prod.-Ptl	[illegible]	——	Nationalbank	5	119 20
Bresl. Disc.-Bank	—	92 10 b G	Pomm. Hyp. conv.	6	107,5
Darmstädter Bank	9	——	Pr. Centr. Bod.	10	162,[illegible]
Deutsche Bank	10	157,25 b	Reichsbank	8½	143,1[illegible]

Bergwerk- und Hüttengesellschaften.

Berzelius Bergw.	12	122 25 G	Hörder Bergw.	—	11 10 G
Bochum. Bgw. A.	6	54 75 b G	do. conv.	—	19,50 b G
do. Gußstfab.	—	115,00 b	do. St.-Pr.	—	45 95 b
Bonifacius	13⅛	98 00 b G	Hugo	10	89,00 b
Borussia Bergw.	—	12,00 B	Kön.- u. Laurah.	—	111,50 B
Donnersm.arch.	6	74,60 G	Louise Tiefbau	—	85,00 b
Dortmunder St.-Pr. L. A.	6	59 90 b	Märk.-Westf.	—	227,00
Gelsenkirchener	12	141 90 b	Oberschlesische	5	59 00 b
Harkort Bergw.	—	130,75 B	Stolberg. Zink-H.	3½	54 50 b
Hibernia	19	133 10 b	do. do. St.-Pr.	8½	117 00 b

Industrie-Papiere.

Adler Brauerei	0	——	Danz. Oelmühle	6	124 50 G
Ahrens do.	0	46 50 b G	Dessauer Gas	10	158 10 G
Böhmisches do.	14	225 00 G	Nobel Dyn. Trust	4	137,25 b
Bock do.	0	59 50 b B	G.-F. Harb.-Wien	—	110 80 G
Bolle do.	6	68 50 G	Löwe u. Co.	18	228,25 G
Landré do.	8	—,—	Magd. Gas-Ges.	4½	86,50 G
Tivoli do.	4	114 90 b	Maschinenfabr. Görl. (conv.)	—	124 00 b G
Bredow. Zuckerf.	—	65 40 b G	do. (Lüders)	—	153,25 b
Chem. Fabrik Heinrichshall	5	—,—	Grusonwerke	—	141,00 b G
Leopoldshall	—	71 50 b G	Hallesche	35	305 00 b G
Oranienburg	7½	87,75 G	Hartmann	—	134,00 G
do. St.-Pr.	7½	86,25 b G	Pomm. conv.	6	72,75 b G
Schering	19	209,0 G	Schwartzkopff	—	235,60 b G
Staßfurter	—	125 00 b G	St. Vulc. L. B.	8	113,65 b G
Union	12	117 75 G	Nordd. Lloyd	7	103 75 b G
Brauer. Elysium	3	—,—	Wilhelmshütte	—	66,50 G
Möller u. Holberg	6	98,00 b G	Siem. Glas-Ind.	12	138,75 b G
P. Chem. Pr.-F.	10	—,—	St.-B. Cementf.	5	104 00 G
P. Prov. Zuckerf.	20	—,—	Stral. Spielkart.	—	94,00 B
St. Ch.-F. v. Did.	30	201,75 b	Gr. Pferdeb.-G.	12½	227 50 b
St. Walzm.-Act.	30	——	Carlsr. Pferdeb.	—	68,50 b G
St. Bergschl.-Br.	14	——	Stett. Pferdeb.	2½	69,00 B
St. Dampf.-A.-G.	13⅓	—,—	N. St. Dampf.-C.	4	82 00 B
Papierf. Hohenk.	4	——			

Versicherungs-Gesellschaften.

Aachen-Münch.	450	10800 00 G	Germania	40	1070 00 B
Berliner Feuer.	158	2400,00 G	Magd. Feuer	206	3955,00 B
do. Ld. u. W. T.	120	—,—	do. Rückv.	45	912 60 G
do. Leben	172½	—,—	Preuß. Leben	37,5	593 00 G
Colonia, Feuerv.	400	—,—	Pr. Nat.-V. St.	66	——
Concordia, L.	45	1065 00 G	Providentia	45	—,—
Elberfeld. F.	170	—,—	Turingia	240	3900,00 b

Bank-Discont.

Reichsbank 3, Lombard 3½, 4. Privatdiscont 1½ G.

Wechsel-Cours vom 20. Januar.

Amsterdam 8 Tage	2½%	168,50 b
do. 2 Monat	2½%	168 05 b
Belg. Plätze 8 Tage	3½%	80,75 b
do. 2 Monat	3½%	80 50 G
London 8 Tage	2½%	20 34 b
do. 3 Monat	2½%	20,25 G
Paris 8 Tage	3%	80,85 G
do. 2 Monat	3%	80,55 b
Wien Oesterr.-W. 8 Tage	4½%	172,30 b
do. 2 Monat	5½%	171,60 b
Schweiz. Plätze 10 Tage	4%	80 60 b
Italienische Plätze 10 Tage	5½%	78 60 b
Petersburg 3 Wochen	6%	199 00 b
do. 3 Monat	6%	197,30 b
Warschau 8 Tage	6%	199 25 b

Gold- und Papiergeld.

Ducaten per Stück	9 73 b	Engl. Banknoten	20,34 b
Sovereigns	——	Franz. Banknoten	80 90 b
20 Francs per Stück	16 16 b	Oesterr. Banknoten	172 50 b
Dollar	——	Ru. Noten	200 00 b

Marcella Grace

von R. Mulholland.

Autorisirte Uebersetzung von Luise Koch.

28 Nachdruck verboten.

Sie sah Bryan fast jeden Tag. Entweder hatte er eine Botschaft von seiner Mutter zu überbringen, oder er kam, sie für einen Tag und eine Nacht nach Inischeen einzuladen; er brachte ihr eine seltene Blume für ihren Garten oder gute Bücher für ihre Bibliothek und besprach mit ihr die Angelegenheiten ihres neuen Wirkungskreises. Viele glückliche Stunden verlebten sie gemeinschaftlich: immer unentbehrlicher wurden sie einander, bis ihnen der Tag ein verlorener schien, an welchem sie sich nicht gesehen. Marcella war nicht mehr das zarte, bleiche Mädchen aus der „Freiheit". Das Oval ihres geistig belebten Antlitzes hatte gerundet, ihre dunklen Augen hatten einen lachenden Ausdruck angenommen, und die frische Farbe der Gesundheit röthete ihre Wangen, wenn sie in Schloß und Garten geschäftig ihre verbessernden Anordnungen traf. Die Abende widmete sie dem Studium. Bis jetzt hatten ihre Freunde noch nicht entdeckt, wie unwissend sie war. Sie wollte im Geheimen arbeiten, damit dieselben nie von ihrem gänzlichen Mangel an Kenntnissen erführen.

Während sie hin und wieder Gelegenheit nahm, mit ihrer Gesellschafterin über diesen Punkt zu sprechen, war sie überrascht, zu erfahren, daß nur sehr wenig Bücherweisheit dazu gehörte, eine Lady zu sein, und daß sich eine begabte, junge Dame leicht innerhalb eines Jahres in ihren Mußestunden das Wissen zu eigen machen könne, das weniger um ihre Ausbildung besorgte Mädchen sich während der Schulzeit erwerben.

Die Anforderungen des Haushaltes gaben ihr vielseitige Beschäftigung. Auch Bücher, welche die ihr in diesem Punkte fehlenden Erfahrungen ergänzten, schaffte sie sich in reichem Maße an, und wo solche nicht genügten, half Frau Kilmorey mit ihrem praktischen Wissen gern aus. Da Marcella ihr Einkommen durch die Freigebigkeit an ihre Pächter bedeutend geschmälert hatte, richtete sie ihr Hauswesen zum großen Mißfallen „der O'Donovan", wie Pater Daly die auf ihre Abstammung stolze Dame gern kurzweg bezeichnete, sehr bescheiden ein. Die Gesellschaftsdame fand das aus drei sauberen Mädchen und einem ehrwürdigen Haushofmeister bestehende Dienstpersonal für die Würde der alten O'Kelly's einfach lächerlich. In diesem Punkte stimmte Fräulein Julia O'Flaherty mit Fräulein O'Donovan vollkommen überein. Allerdings hing die Bequemlichkeit des Haushaltes von Mount Ramshackle nur von einem Diener, und zwar von einem ziemlich unbeholfenen ab, doch waren es wenigstens Schaaren lässiger, galonirter Müßiggänger gewesen, welche die Familie zu ihrem jetzigen Standpunkte unedler Abhängigkeit hinab geleitet hatten.

„Als es unsere Mittel noch erlaubten, da thaten wir es eben," sagte Fräulein Julia und schnitt damit jedem Vorwurf über den jetzigen und zukünftigen Stand der Dinge das Wort ab.

„Aber," entgegnete Marcella, „ich bedarf keines Dienertrosses. Das halbe Schloß steht leer, und Fräulein O'Donovan und ich sehen nur selten Gäste. Wir geben keine Jagdgesellschaften und fühlen uns in unseren jetzigen Verhältnissen ganz wohl."

Sie hatte edlere Verwendung für das Geld, welches ein unnützer Aufwand kostete, doch das sagte sie nicht.

„Jagden sind keine selbstsüchtigen Extravaganzen," erwiderte Fräulein O'Donovan. „Als mein theurer Vater noch lebte, hielt er eine ungeheure Anzahl von Hunden und schaffte dadurch manchem armen Manne eine Anstellung."

„Das that auch Papa," fiel Fräulein O'Flaherty ein. „Das that er stets, bis sein pekuniären Verhältnisse in Verwirrung geriethen."

„Ich bin im Prinzipe durchaus nicht gegen die Jagd und die mit ihr zusammenhängenden Vergnügungen, sondern nur in dem Falle" — sagte Marcella, dann schwieg sie jedoch, weil sie fürchtete, die weitere Ausführung ihres Gedankens könnte Fräulein O'Flaherty beleidigen. Zu Fräulein O'Donovan, an deren Armuth zum großen Theile unabwendbare Schicksalsschläge die Schuld trugen, konnte sie über diesen Punkt schon offener sprechen. Als Fräulein Julia nach Mount Ramshackle zurückgekehrt war, begann Marcella auf's Neue:

„Es scheint mir, daß mit den Anstellungen, welche man den Armen giebt, während man sein ganzes Vermögen zu Tode jagt, der Allgemeinheit wenig Gutes geschieht. Der Sport ist eine ganz hübsche Sache, aber der Bankerott ist weniger angenehm. Wo sind die Leute welche aus dieser Verschwendung Nutzen gewannen? Um die Zinsen für die Hypotheken zu decken, mit welchen Herr O'Flaherty nach und nach seinen Grundbesitz belastete, ist er genöthigt, halb zu hungern, und wenn er stirbt, hinterläßt er nicht einen Penny. Seine Pächter sind mit Abgaben überbürdet, und der Schweiß dieser Armen geht direkt in die Hände der Wucherer. Betrachten Sie die Sache einmal mit meinen Augen, und ich glaube, sie wird auch Ihnen in einem anderen Lichte erscheinen. Wenn ich mich von meinem Gelde trenne, so hoffe ich dafür etwas Praktisches zu sehen, Landstrecken, die ich gekauft oder drainirt habe, sauber gebaute Häuser, in denen die sich müde arbeitenden Armen bequemer Ruhe pflegen können, blühende Fischereien in den Seen oder industrielle Beschäftigung in den Hütten. Und wenn ich dann wirklich selbst verarmt in meinem Hause leben müßte, dann könnte ich wenigstens von meinen Fenstern aus auf Glück und Wohlstand blicken."

Auf dies Alles antwortete Fräulein O'Donovan nur mit einem Seufzer, welcher ihrem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck geben sollte, daß Fräulein O'Kelly so jung schon in die Hände der Kilmorey's gefallen war.

„Sie ist von der radikalen Strömung erfaßt worden, meine Werthen," sagte Fräulein O'Donovan später zu den gleichgesinnten O'Flaherty's. Die Dame las viel und sprach gern in hochtönenden Phrasen. „Ich bin überzeugt, sie hat irgendwo eine demokratische Ader; ihr Blut ist nicht von dem reinen, königlichen Blau der O'Kelly's. Trotzdem bin ich in meiner abhängigen Stellung gezwungen, Geduld mit ihr zu haben, und ich muß zugestehen, sie ist nicht nur sehr liebenswürdig gegen mich, sondern stets auch der Achtung eingedenk, welche sie meinem Namen schuldet. Bequemer und angenehmer könnte ich nirgends leben. Für alle meine kleinen Liebhabereien ist gesorgt, wie einst in meinem eigenen, theuren Heim. Und wenn ich auch etwas mehr Chic — — —," in diesem Tone ging es weiter.

Fräulein O'Flaherty, welche, nachdem sie die Aussicht auf das erhoffte Erbtheil verloren, anspruchsloser in ihren Ansichten und in ihrem Wesen geworden war, als früher bewies durch ihre häufigen Besuche, daß ihr die in Schloß Crane von Marcella gebotenen Annehmlichkeiten sehr wohl zusagten.

Bald zeigte auch Herr O'Flaherty eine offenbare Bewunderung für Fräulein O'Kelly's Reize als Wirthin, welche veranlaßten, seiner lieben, theuren „Cousine" ziemlich oft persönlich seine Hochachtung auszusprechen. Unterwegs, in seinem kleinen Einspänner mit den verrosteten Federn, dem einzigen Ueberbleibsel der zahlreichen Equipagen, welche einst durch das Portal von Mount Ramshackle rollten, dachte er darüber nach, wie vortheilhaft eine Verbindung der Häuser O'Flaherty und O'Kelly sein müßte. Es war nicht zu leugnen, daß die junge Dame eine seltene Fähigkeit besaß, Allen, welche sich ihr näherten, das Leben angenehm zu gestalten, doch sie zeigte einen beklagenswerthen Mangel an Verständniß für das, was von ihr als Repräsentantin eines alten, vornehmen Geschlechts, um nicht zu sagen, einer königlichen Familie, erwartet wurde. Dies würde er sie lehren, und es gab Keinen, so glaubte er, welcher sich besser dazu eignete. Und wie herrlich mußte es sein, dieses liebliche, junge Gesichtchen durch den Dampf unzähliger Punschgläser ihm zulächeln zu sehen, ganz abgesehen von dem Troste, daß seine liebe Julia eine angenehme Gesellschaft im eigenen Hause oder einen noch angenehmeren Aufenthalt in Schloß Crane haben würde, wenn er in unvermeidlichen Geschäftsangelegenheiten oder zum Vergnügen außerhalb verweilte.

Alles in Allem betrachtet, glaubte er, würden die Dinge sich mit der Zeit sehr gut arrangiren lassen, wenn nur mit Vorsicht und Beharrlichkeit sein Ziel verfolgte.

Er war jedoch nicht der einzige Edelmann des Landes, welcher auf die Herrin von Distresna, als auf eine wünschenswerthe Verbindung sah.

(Fortsetzung folgt.)

Stettin, 9. Januar 1892.

Bekanntmachung,
betreffend die Anmeldung zur Rekrutirungs-Stammrolle.

Zufolge der Deutschen Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 § 25 werden alle diejenigen männlichen Personen des Deutschen Reiches, welche

1. im Jahre 1872 geboren sind,
2. in den Jahren 1871, 1870 und **vorher** geboren sind und eine **endgültige Entscheidung über ihr Militär-Verhältniß seitens einer Ober-Ersatz-Kommission noch nicht erhalten haben,**

und **gegenwärtig im Gebiete der Stadt Stettin** sich aufhalten, hierdurch aufgefordert:

sich behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutirungs-Stammrolle in der Zeit vom **15. Januar bis zum 1. Februar d. J.** bei dem Polizei-Kommissarius ihres Reviers, unter Vorlegung ihrer Geburtsscheine oder ihrer Militärpapiere, persönlich zu melden.

Für Diejenigen, welche im hiesigen Orte nach § 25 der Wehr-Ordnung gestellungspflichtig, zur Zeit aber auf Reisen, auf See oder sonstwie abwesend sind, müssen die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherren die Anmeldung bewirken.

Wer diese Anmeldungen unterläßt, wird nach § 25 zu 11 der Wehr-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Königliche Polizei-Direktion.
Graf **Stolberg.**

Bredow, den 20. Januar 1892.

Bekanntmachung.

Im Amtsbezirk **Bredow** ist eine Amts-Polizei-Sergeanten-Stelle zu besetzen. Geeignete civilversorgungsberechtigte Bewerber wollen sich persönlich unter Einreichung ihrer Gesuche und Atteste **baldigst**, spätestens aber bis zum 27. d. Mts., bei mir melden. Die Anstellung erfolgt nach 6monatlicher Probezeit mit einem Anfangs-Gehalt von jährlich 975 M. und 100 M. Uniformgelder und steigt von 3 zu 3 Jahren um 75 M. bis zum Maximal-Gehalte von 1350 M.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung. Am Donnerstag, den 11. Februar d. J., Mittags 12½ Uhr, werden in unseren Geschäftsräumen, Lindenstr. 19, die im diesseitigen Amtsbezirk angesammelten alten Schienen und Materialien-Abgänge, sowie 2 alte vollständige Schiebebühnen im Wege des schriftlichen Angebots öffentlich verkauft werden. Die Bedingungen nebst Nachweisung der zum Verkauf gestellten Materialien liegen in den Stationsbureaus zu Berlin (Stettiner Bahnhof), Stettin (Personenbahnhof), Stargard i. Pomm., Schivelbein, Belgard, Köslin, Stolp und Danzig Hohe Thor, sowie in den Bureaus des Deutschen Submissions-Anzeigers und der Redaktion der Allgemeinen Deutschen Submissionsberichte zur Einsicht aus; auch werden dieselben auf portofreie Anforderung gegen Einsendung von 50 Pf. unfrankirt von uns übersandt. Stettin, den 16. Januar 1892. Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg).

Nutz- und Brennholz-Verkauf
aus dem Forstreviere **Brunn.**

Am Dienstag, 26. Januar cr., Vormittags von 10 Uhr ab

sollen im Kruge zu **Kreckow** kieferne Schneide- und Bauhölzer und eichene Nutzenden, von 2 Uhr ab:

ca. 87	Meter	Eichen	Nutzkloben,
280	„	„	Brennkloben,
93	„	„	Knüppel,
144	„	„	Reiser,
242	„	„	Stubben,
5	„	Buchen	Nutzkloben,
28	„	„	Brennkloben,
9	„	„	Knüppel,
18	„	„	Reiser,
17	„	„	Stuben,
13	„	Kiefern	Nutzkloben,
234	„	„	Brennkloben,
87	„	„	Knüppel,
74	„	„	Reiser,
215	„	„	Stubben

öffentlich meistbietend unter den gewöhnlichen Verkaufs-Bedingungen versteigert werden.

Der Förster.
Devrient.

Geburten: Eine Tochter: Herrn H. Sölvande [Cröslin].
Gestorben: Frau Franziska Hoffmann [Anclam]. Herr Fried. Brodt [Wolgast]. Herr J. J. Alwert, [Wieck a. Rügen]. Herr Franz Gehm [Swinemünde]. Willy Köpke [Greifswald]. Frau Henriette Henke geb. Schulz [Hütten].

Die Unterzeichnete bittet, Anfragen wegen zu verkaufender Güter resp. wegen vakanter Stellen gefälligst **mit Briefmarke zur Rückfrankatur versehen zu wollen, da nur solche Briefe beantwortet werden.**
Die Expedition.